

Jeder hundertste Quadratmeter der Bundesrepublik ist militärisches Sperrgebiet. Jeder achte Euro des Bundeshaushaltes fließt in die Bundeswehr. Doch auch mit über 2.500 Gebäudekomplexen, über 7.000 Panzerfahrzeugen, etwa 1.250 Flugzeugen und Hubschraubern, einer Flotte von über 100 Kriegsschiffen und 300.000 Soldaten ist die Truppe überfordert, etwa 10.000 Jungs und Mädels für Auslandseinsätze bereitzustellen. Um noch mehr Geld einzutreiben, hatte Ex-Verteidigungsminister Rudolf Scharping einen neuen gigantischen Schattenhaushalt ausgemacht: er wollte mit den riesigen Militärgeländen, die die Truppe nicht mehr braucht und die ihr nicht gehören ins Immobiliengeschäft einsteigen. Ein Flopp ist zwar absehbar, doch der Ausverkauf der Bundeswehr zur Söldnertruppe geht weiter.

## Bundeswehr-Liegenschaften: Vom Großgrundbesitzer zum Immobilienhai

“In den Führungsstäben der Streitkräfte und der TSK ist die Abschichtung von Rüstungsfachverstand weiter gegangen, als in der HA Rü.” (1)

### Vorgeschichte: Der Running Gag von der Unterfinanzierung

(1) Sankt Gallen Consulting  
Group/SCG: Auswertung Studie  
Führungsorganisation für die  
‘Weizsäcker-Kommission’, Emp-  
fehlung Nr. 12, Bonn 4.11.1999

Seit Ende der 70er Jahre gab es keinen Bundesverteidigungsminister, der nicht über seine “unterfinanzierte” Truppe lamentiert hätte. Ob vor 15 Jahren für 500.000 oder heute für 300.000 Soldaten, ob einst zur “Abschreckung” oder heute zur “internationalen Krisenprävention”, ob einst mit Feind oder heute ohne - stets war dem Minister sein ständig steigender Milliardenhaushalt zu wenig. Anders gesagt: kein Verteidigungsminister seit Georg Leber war bereit oder in der Lage, für die Bundeswehr einen politischen Auftrag zu formulieren und daraus ein funktionsfähiges Personal- und Materialkonzept abzuleiten. Hans Apel und Manfred Wörner wurde bereits der Kalte Krieg zu teuer, die Minister Gerhard Stoltenberg und Rupert Scholz zeigten sich mit der NVA-Integration überfordert und bestellten wie zu Kalten-Kriegszeiten militärisches Großgerät, während die Liegenschaften vergammelten, das überdimensionierte Waffenarsenal zunehmend maroder wurde. Verteidigungsminister Volker Rühe unternahm zaghafte Versuche, den ineffizienten Apparat Bundeswehr zu durchleuchten, (2) den regelmäßigen Ruffeln des Bundesrechnungshofes trotzte er je-

(2) Arbeitsgruppe Lorenz Huber,  
Rationalisierungsbeauftragter  
Wolfgang Schikowski

doch genauso wie sein Nachfolger Rudolf Scharping. Der versuchte mit seiner "Bundeswehrreform" seit 1999 die Quadratur des Kreises: minimaler Personalabbau, noch mehr Großwaffenbestellungen, europäische Expansion, Ausweitung der Auslandseinsätze und das Ganze konsolidiert durch "Effizienzrenditen", die sich der Minister aus Privatisierungserlösen versprach. Den Floh des "privatisierten outsourcing" von Bundeswehrbereichen hatten die Unternehmensberater der "Weizsäcker-Kommission" Scharping ins Ohr gesetzt: "Bis auf militärische Kernaufgaben sollen alle logistischen Funktionen an die Industrie übergehen. ... Die Studie stellt eine Kostenersparnis von bis zu 15 Mrd. DM p.a. in Aussicht." (3)

Bei seiner Entlassung am 18. Juli 2002 hinterließ Scharping ungedeckte Wechsel von über 14 Milliarden Euro bis 2014, eine demotivierte Truppe von 300.000 Soldaten und Zivilbeschäftigten, die sich mit derzeit etwa 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz völlig überfordert fühlt und deshalb in Mazedonien, Bosnien, Kosovo, Djibouti und Kenia wieder zum Teilabzug bläst.

"Wir sind im Arsch," analysierte Scharpings oberster Feldherr und graue Eminenz der "Bundeswehrreform", Generalinspekteur Harald Kujat, im Juni 2002 die Lage und setzte sich ab Juli als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses nach Brüssel ab. (4) Der neue Verteidigungsminister Peter Struck erklärte in seiner Amtsantrittsrede, „er stelle sich bewußt in die Kontinuität seiner Vorgänger.“ (5)

#### Privatwirtschaft ist nur an Rosinen interessiert

Am 15. Dezember 1999 sollte Rudolf Scharpings Konsolidierungsplan beginnen. Der Verteidigungsminister unterzeichnete mit 33 Unternehmen den Rahmenvertrag "Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr". (6) Ein Jahr später hatten bereits 450 Bundeswehrzulieferer ihre Beteiligung an dieser Schnäppchenjagd unterschrieben. (7) Doch von zunächst 14 vereinbarten privatisierten Pilotprojekten (8) blieben nach einem Jahr nur die vier lukrativsten Bereiche Liegenschaftsverwaltung, Bekleidungswirtschaft, Fahrzeug-Flottenmanagement und IT-Vernetzung übrig. Eine erhoffte "Effizienzrendite" von jährlich 25 Mio. Euro konnte die Bundeswehr 2001 nicht erwirtschaften und plante sie für 2002 schon gar nicht mehr ein. (9)

Mit dem Kosovokrieg 1999 und dem nachfolgenden KFOR-Kontingent erschloß sich Rudolf Scharping allerdings eine grandiose Geschäftsgrundlage: Finanzminister Hans Eichel

(3) 'Weizsäcker-Kommission': Kurzauswertung der Studie 'Optionen für mehr Effizienz des logistischen Systems der Bundeswehr', Bonn 11.11.1999

(4) Neuer Generalinspekteur wird der Heeresgeneral Wolfgang Schneiderhan, FR 26.6.2002

(5) dpa 25.7.2002

(6) ami 1/00, S. 18ff.

(7) ami 1/01, S. 18ff.

(8) siehe ami 1/00, S. 20

(9) BMVg: Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2002, S. 6f., Bonn 28.8.2001

verzichtete auf zunächst geforderte Einsparungen des BMVg von 19 Mrd. DM bis 2004. Stattdessen schlossen Eichel und Scharping am 14. Juni 2000 eine Ressortvereinbarung, in der der Finanzminister seinem Kollegen Scharping einen Einsparungsanreiz von 2,2 Milliarden DM genehmigte, die eigentlich dem Finanzministerium/BMF zustünden: "Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, aus dem Verkauf von Grundstücken oder aus der Veräußerung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen der Bundeswehr kommen dem Verteidigungshaushalt zu 80% zugute - im Haushaltsjahr 2001 ist diese Verstärkung des Einzelplans 14 auf bis zu 1 Mrd. DM im Folgejahr auf bis zu 1,2 Mrd. DM begrenzt." (10)

(10) *ami 11/00, S. 19*

Da Scharping auf die Schnelle keine größeren Erträge durch Export ausgemusterter Bundeswehrwaffen erzielen konnte, nahm er den unglaublichen Umfang "seiner" militärischen Liegenschaften ins Visier. Im August 2000 gründete Scharping seine Wunderwaffe "Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb/GEBB GmbH", die jenseits von schwerfälliger Bürokratie den flotten Ausverkauf der Bundeswehr organisieren sollte. Schon ein Jahr später führte die GEBB vor, wohin die Privatisierung von Bundeswehrbereichen führen wird: statt transparent Steuergelder einzusparen, spekulierten die 30 Staatsbediensteten der GEBB mit ihnen, die Staatsanwaltschaft ermittelte, GEBB-Chefin Annette Fugmann-Heesing nahm ihren Hut. (11)

(11) *ami 12/01, S. 20f., S.a. BT-Drs. 14/6799, 15.8.2001*

Doch für Rudolf Scharping war dies kein Grund, über demokratiegefährdende Konsequenzen seiner militärisch-industriellen Bundeswehrreform nachzudenken. Vielmehr setzte er weiterhin auf die GEBB als zentralem Makler seines letzten Strohhalms: der Liegenschaftsverwaltung.

### Großgrundbesitzer Bundeswehr

Die Bundeswehr verfügt derzeit in der Bundesrepublik über eine Gesamtfläche von 343.000 Hektar (3.430 km<sup>2</sup>). Damit sind knapp ein Prozent des bundesdeutschen Territoriums (357.000 km<sup>2</sup>) militärisches Sperrgebiet, was etwa der Fläche von Saarland (2.600 km<sup>2</sup>) und Hamburg (800 km<sup>2</sup>) zusammen entspricht. Alleine die Gebäudenutzfläche auf den etwa 2.500 Liegenschaften der Bundeswehr beträgt 42 Millionen Quadratmeter. (12) Verglichen mit der bundesdeutschen Bevölkerungsdichte von etwa 220 Einwohnern pro Quadratkilometer (4.545 m<sup>2</sup>/Person) stehen jedem der 300.000 Bundeswehrangehörigen mit 11.433 m<sup>2</sup> mehr als die doppelte Fläche sowie Gebäuderaum von 140m<sup>2</sup> für sein

(12) *Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages zur beabsichtigten Neuordnung der Liegenschaftsverwaltung durch das Bundesministerium der Verteidigung, VA-DS-1018, 15.5.2002*

Kriegshandwerk zur Verfügung. Kurz, die Bundeswehr entzieht der Volkswirtschaft knapp 1% ihrer Fläche und gut 12% ihrer Steuereinnahmen, doch das ist dem BMVg nicht mehr genug: Wie die Armeen in Rußland, China oder Birma möchte die Hardthöhe künftig selbst als Unternehmer Gewinne erwirtschaften, um sich neben ihren jährlich etwa 30 Milliarden Euro ein sattes Zubrot zu verdienen.

Wie groß die Überkapazitäten der Bundeswehr sind, verriet das BMVg nicht. Es sollen "gestaffelt" immer nur soviel Liegenschaften auf den Markt kommen, daß der Ertrag 0,6 Mrd. Euro nicht übersteigt. Denn jeden weiteren Cent würde der Bundesfinanzminister beanspruchen.

### Illegale Geschäfte mit fremdem Eigentum ?

Das Problem des Verteidigungsministeriums ist, daß ihm die Grundstücke nicht gehören, mit denen es Geschäfte machen will. Fast alle Liegenschaften der Bundeswehr befinden sich im Besitz von Städten und Gemeinden. Zum Zwecke der Landesverteidigung werden sie der Bundeswehr gemäß Art 87b GG durch das Landbeschaffungsgesetz zur Verfügung gestellt. Federführende Behörde ist das Bundesfinanzministerium, vertreten durch die örtlichen Oberfinanzdirektionen. "Wenn die Liegenschaft nicht mehr zu Verteidigungszwecken genutzt wird, verliert sie ihren Rechtscharakter als Militärfläche durch Entwidmung. Mit der Entwidmung lebt die Planungshoheit der Gemeinden wieder auf." (13) Das Bundesverteidigungsministerium wäre verpflichtet, die Liegenschaften zu dekontaminieren und an die Vorbesitzer zurückzugeben.

Um diese Millionen zu sparen und um die unbenötigte Liegenschaften nicht ohne Gewinn an die kommunalen Eigentümer zurückgeben zu müssen, erklärt die Bundeswehr nun einen verringerten Teilbedarf an diesen Liegenschaften. So behält sie das fremde Eigentum und möchte sich ertragsversprechende private Investoren auf das Gelände holen. In der Praxis erweist sich dies allerdings als illusionär. Denn allenfalls innerstädtische Militärgelände sind für private Investoren interessant. Solche Kasernen zählen aber wegen Nachfrage und geringem Entseuchungsbedarf zu den bevorzugten Verkaufsobjekten des BMVg, nicht als langfristige Pachtobjekte. Eine gemeinsame Nutzung außerörtlicher Liegenschaften, etwa eines Waffendepots als Teil-Industriegebiet ist für private Investoren durch die Restriktionen des militärischen Nachbarn unattraktiv. Umgekehrt zeigt die Bundeswehr bisher keine Neigung, etwa einen Flottenstütz-

*(13) BMVg/ParlStS Walter Kolbow, Negative Auswirkungen der Kennzeichnung von Flächen und Liegenschaften der Bundeswehr in kommunalen Flächennutzungs-/Bebauungsplänen als 'Sondergebiet Bund' auf mögliche Verkaufserlöse derartiger Liegenschaften, vor allem, wenn diese sich in bevorzugter innerstädtischer Lage befinden, 1480002-V384, Berlin 11.3.2002*

punkt für Segelschiffe oder einen Luftwaffenstützpunkt für Sportflugzeuge zu öffnen. Das bisher einzige privat verwaltete militärische Großprojekt (DASA) ist das Gefechtsübungszentrum des Heeres in der Colbitz-Letzlinger Heide – hier allerdings haben private Nutzer keinen Zugang.

Die Kommunen, denen mit dieser unsinnigen Teilprivatisierungsstrategie ihr Eigentum vorenthalten werden soll, haben die Situation bisher noch kaum bemerkt und entsprechend keine Klagen eingereicht, zumal sie nicht beurteilen können, wo das BMVg über unrechtmäßige Überkapazitäten verfügt.

### Immobilienhai Hardthöhe: der Bock als Gärtner

Da es dem Apparat Bundeswehr in 50 Jahren nicht gelang, effizient zu wirtschaften, sollen im Pilotprojekt "Neues Liegenschaftsmanagement" nun marktwirtschaftliche Kontrollmechanismen eingeführt werden. Zu diesem Zweck hat sich das BMVg ein tolles Rollenspiel bei der Privatwirtschaft abgeschaut: Alle Bundeswehrliegenschaften sollen an eine privatrechtliche Bundeswehr-Liegenschaftsgesellschaft (b.l.g.) übertragen werden. Die b.l.g. zerstückelt "ihren" Besitz in ca. 2.500 Einzelunternehmen - jede Kaserne, jedes Depot, jeder Übungsplatz wird ein eigenes Unternehmen. Dann gründet die b.l.g. noch unzählige regionale Betreiber- (d.f.m.) und Dienstleistungsgesellschaften (d.b.d.) - an denen auch Privatunternehmen beteiligt werden sollen - und zuletzt dürfen sich die Bundeswehreinheiten wieder bei einer der 2.500 Firmen bei Vollpension einmieten. (14) Der einzige Unterschied dieser militärischen Marktwirtschaft zum wirklichen Leben ist, daß die Bundeswehr wie bisher ihr eigener Kunde, Dienstleister und Kontrolleur ist, weil das BMVg überall Hauptgesellschafter bleiben soll. Kurz, statt "lean management", Kostensenkungen, Konkurrenz und Transparenz zu erreichen, bläht die Bundeswehr ihre Verwaltung durch unüberschaubare Firmengeflechte mit privaten Zulieferern auf, so daß auch der letzte Versuch von parlamentarischer Kontrolle und effizienter Verwaltung unmöglich gemacht wird.

"In der Zielstruktur sollen die Dienstleistungsgesellschaften wettbewerbsfähig sein und sich auf dem Markt behaupten," erläutert das BMVg. Im Klartext: ist die Miete der einen Kaserne zu teuer, sucht sich das Bataillon mit Panzern und Raketen eben eine andere Bleibe. Was aber wird aus einer Kaserne, die niemand mieten will?

Wie in der Jugendherberge soll es künftig keine

(14) BMVg/PlStS: Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zum aktuellen Sachstand des neuen Liegenschaftsmanagements für die Bundeswehr, S. 2f. 1480002-V394, Mai 2002

Berührungsgängste mehr mit ZivilistInnen geben: "Ziel ist es, dass die jeweiligen zivilen und militärischen Nutzer künftig die von ihnen benötigten Liegenschaften von der b.l.g. im Sinne eines Mieter-Vermieter-Verhältnisses nutzen." (15) Dual Use, wo immer es sich rechnet: Verteidigungsausschuß-Mitglied Kurt Palis warb im März bereits für Motocrossvereine auf Truppenübungsplätzen. (16) Auch „Wehrsportgruppen“ wären sicher interessiert, sich auf Übungsplätzen oder Schießbahnen einzumieten.

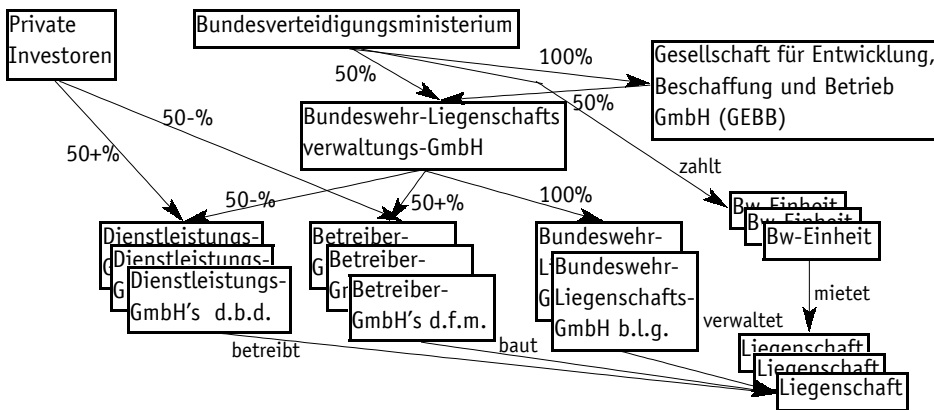
(15) BMVg/PLStS: 1480002-V394 a.a.O., S. 2 und 5, Mai 2002

(16) VA 20.3.2002, 99/36

Neben solchen "Synergieeffekten" will das BMVg aber auch richtig Geld verdienen: "Daneben ist geplant, ein Teil des Einsparpotenzials auch in Form von Barentnahmen bzw. Gewinnausschüttungen nach entsprechender Bedienung des Gewinnanteils der Stillen Teilhaber weiterzugeben. ... Bei der Liegenschaftsgesellschaft ist die Gewinnung von Eigenkapital durch Aufnahme eines stillen Gesellschafters geplant. (17) Demnächst könnte etwa ein Luftwaffenstützpunkt an die Börse gehen: das BMVg entnimmt Geld aus dem Aktienerlös und das Geschwader bildet ein bischen "Eigenkapital" durch allzeitbereite Nebenjobs. Bleibt nur noch die Frage, wann bestimmt der "Stille Gesellschafter" die Ziele der Jets?

(17) BMVg/PLStS: 1480002-V394 a.a.O., S. 5, Mai 2002

### Geplantes Bundeswehr-Liegenschaftsmanagement



### Bewertung

Unterstellt, die Bundeswehr wäre tatsächlich in der Lage, ihre Einheiten nach marktwirtschaftlichen Kriterien auszurüsten und zu stationieren, so müßte die komplette Truppe demnächst mit chinesischen Waffen in Mecklenburg-Vorpommern (oder Polen) stationiert werden. Streng genommen müßte das unproduktive Militär allerdings umgehend

Konkurs anmelden. Warum Bundeswehrliegenschaften für private Investoren interessant sein sollen, blieb bisher ebenso das Geheimnis des Verteidigungsministeriums, wie die Frage, warum private Betreiber der Bundeswehr ihre Liegenschaften günstiger anbieten sollten, wenn ihnen ein Liegenschaftsmonopol überlassen wird.

Neben dieser finanziellen Absudität dürfte für das BMVg eine nicht unerhebliche Rolle spielen, daß mit den Liegenschaften auch ihr Wartungspersonal „privatisiert“ werden soll. Da im Rahmen der „Bundeswehrreform“ bis 2010 etwa 40.000 Zivilbeschäftigte die Bundeswehr ohne „betriebsbedingte Kündigungen“ verlassen sollen, sieht das BMVg in der Liegenschaftsprivatisierung die Chance, etwa 19.600 Angestellte in zivile Gesellschaften abzuschieben und somit einen Truppenabbau vorzutäuschen, ohne auf das Personal zu verzichten. Sollte das neue Liegenschaftsmanagement erwartungsgemäß nicht funktionieren, fielen Entlassungen dieser Zivilbeschäftigten betriebsbedingt leichter, ohne auf die Bundeswehr zurückzufallen.

Bisher unterschied ihr politischer „hoheitlicher“ Auftrag die Truppe noch von einem kommerziellen Söldnerheer. Doch wenn das BMVg Militärgelände vermieten will, warum nicht auch Militärgerät und Personal? (18) Der Bundesrechnungshof hat bereits die Nutzung von Bundeswehr-Transportpiloten bei der Lufthansa vorgeschlagen. Umgekehrt tummelt sich bereits eine Vielzahl von Zivilisten als Ausbilder, Techniker, Berater oder Wachpersonal bei der Bundeswehr.

Noch genießt die Bundeswehr gegenüber gewöhnlichen Gewaltdienstleistern die beiden „hoheitlichen“ Privilegien von staatlicher Finanzierung und dem Umgang mit schweren Kriegswaffen. Je dünner die politische Begründung der Bundeswehr wird, desto fragwürdiger sind diese Privilegien. Die Bundesregierung demaskiert ihr staatliches Gewaltmonopol.

Zu dieser sicherheitspolitischen Unglaubwürdigkeit trägt nicht unwesentlich bei, daß der militärische Gewaltapparat künftig Gelände zweckentfremden will, die ihm nicht gehören um Schattenhaushalte zu bilden, die verfassungswidrig sind (Art. 110 GG). Solch kreative Verwaltung und Buchführung ist nicht nur eine Bankrotterklärung der Hardthöhe, sie offenbart eine kriminelle Unbefangenheit der politischen Führung mit dem militärischen Gewaltapparat jenseits aller demokratischen Kontrolle, die erst den Anfang einer künftigen Gewaltvermarktung markiert ■sg

(18) Zur touristischen Vermarktung von MiG-29-Kampffjets in der Ukraine: Boris Reitschuster: Würgegeräusche vom Co-Piloten in: Focus 22.7.2002, S. 156ff.